

ILLEGALE PROSTITUTION

Illegal am Strich

Etwa 3.500 Frauen bieten in Wien als illegale Prostituierte ihre Dienstleistungen an.

Wien, Mariahilfer Straße, zehn Uhr abends: Zwischen Westbahnhof und Kranzgasse kreisen die Autos in der Mariahilfer Straße, viele mit niederösterreichischen oder burgenländischen Kennzeichen. Alle haben ein Ziel: billigen Sex. Wenn es dunkel wird, beginnt hinter dem Westbahnhof der illegale Straßenstrich. Auf der rechten Seite der Mariahilfer Straße und in den Seitengassen versuchen Drogensüchtige zu Geld zu kommen, im Bereich Oesterleingasse gehen geschleppte Bulgarinnen auf den Strich und auf der anderen Seite spazieren Afrikanerinnen, vorwiegend Asylwerberinnen. Der Sex im Auto, in Tiefgaragen, auf den wenigen Grundstücken hinter Plakatwänden oder in einem der drei Stundenhotels in der Gegend ist billig, ab 20 Euro kostet die Dienstleistung; ab 15 Euro das Zimmer.

Auch im Stuwerviertel in der Leopoldstadt kreisen die Autos der Freier, hier schon ab Mittag. Seit vielen Jahren ist dieses Viertel Anziehungspunkt für illegale Prostituierte und ihre Freier. Hier versuchen vor allem Junkies, auf dem Strich Geld für den nächsten Schuss „aufzustellen“. Die Freier belästigen auch Frauen und Mädchen, die in dieser Gegend wohnen. Einige Bewohner haben vor längerer Zeit eine Bürger-initiative gegen den illegalen Strich ins Leben gerufen; die Behörden haben mit Sperrern und Einbahnregelungen versucht, den Verkehr zu beruhigen.

Schwerpunktaktionen

Im September und Oktober 2002 versuchte die Polizei mit Schwerpunktaktionen, die illegale Prostitution im Stuwerviertel und im Bereich des Westbahnhofs einzudämmen und die Freier zu vertreiben. Die Bewohner fühlten sich durch den „Kreisverkehr“ der Freier belästigt.

Im Stuwerviertel kontrollierte die Polizei in zwei Wochen etwa 2.700 Autos. Die Beamten erstatteten 34 Anzeigen nach dem Prostitutionsgesetz und 187 wegen straßenverkehrsrechtlicher Delikte. In 319 Fällen stellten die Polizisten Organmandate aus, 3 Personen wurden nach dem Fremdenrecht festgenommen. 67 Autolenker mussten zum Alkotest, 11 waren positiv. In der Mariahilfer Straße gab es 291 Fahrzeugkontrollen. Sie führten zu 52 Anzeigen und 46 Organmandaten, 5 Führerscheinabnahmen und 5 Festnahmen. 9 Personen wurden wegen gerichtlich strafbarer Handlungen angezeigt.

„Durch die massive Polizeipräsenz ist es gelungen, das Auftreten von Geheimprostituierten stark einzuschränken“, erläutert Mag. Peter Goldgruber, Leiter der Sicherheits- und Verkehrspolizeilichen Abteilung der Wiener Polizei. „Der Zustrom potenzieller Kunden hat sich stark verringert.“ Im Stuwerviertel wird es weitere Aktionen gegen den illegalen Straßenstrich geben, kündigt Goldgruber an: „Bis sich das subjektive Sicherheitsgefühl der Anrainer verbessert hat.“ Einige Bewohner gründeten eine Initiative gegen den Strich, schrieben die Autonummern im „Kreisverkehr“ auf, demonstrierten und erreichten, dass mit Einbahnregelungen und anderen Maßnahmen der Verkehr erschwert wurde.

Anfang September 2002 überprüften Beamte des Kriminalamtes Wien bei vier Schwerpunktaktionen im Stuwerviertel Rotlichtlokale und den illegalen Straßenstrich. Etwa

70 Frauen und Freier wurden kontrolliert; es gab sieben Festnahmen, vier davon wegen Geheimprostitution, zwei Festnahmen nach dem Geschlechtskrankheitengesetz, eine Verhaftung eines Gesuchten sowie 29 Anzeigen nach dem Prostitutionsgesetz, 21 Anzeigen nach dem Geschlechtskrankheitengesetz und zwei Anzeigen nach dem Fremdenengesetz.

Am 6. September 2002 gab es eine Schwerpunktaktion gegen den Straßenstrich und die Drogenszene am Westbahnhof. Drei Tage später kontrollierten die Fahnder Wohnungen, in denen Frauen unerlaubt ihre Sexdienste anboten. Vier Geheimprostituierte wurden festgenommen, darunter ein Ehepaar wegen Menschenhandel und Zuhälterei.

Begleitkriminalität

Die illegale Prostitution ist vor allem wegen der Begleitkriminalität ein Problem: Menschenhandel, Zuhälterei, Gewaltdelikte wie Vergewaltigung, Nötigung, gefährliche Drohung und Körperverletzung, Reisedokumentenfälschung, Drogenkriminalität und eine Reihe anderer Delikte sind Bestandteil der Rotlichtszene. Viele Süchtige beschaffen sich am Straßenstrich das Geld für die Droge. In letzter Zeit sind bei Geheimprostituierten aus Bulgarien gut gefälschte Reisepässe entdeckt worden, aber auch von offiziellen Behörden auf einen falschen Namen ausgestellte Dokumente.

Der Anteil der Ausländerinnen unter den Geheimprostituierten ist hoch, viele Frauen und Mädchen werden von Zuhälterbanden nach Österreich geschleppt. Kriminalbeamte konnten Ende Juni 2002 drei Ungarn das Handwerk legen, die 14- bis 19-jährige Mädchen aus Heimen in Ungarn nach Wien geführt hatten, wo die Jugendlichen in der Nähe des Westbahnhofs auf den Strich gehen mussten. „Uns ist aufgefallen, dass immer mehr und immer jüngere in der Felberstraße spaziert sind“, berichtet Oberstleutnant Michael Mimra vom Kriminalkommissariat West, der bis Herbst die Kriminalabteilung auf der Schmelz geleitet hat. Viele der Mädchen, die aus tristen Verhältnissen stammen, wurden mit falschen Versprechungen nach Wien gelockt. „Die Zuhälter haben den Mädchen nicht gesagt, was sie hier tun werden“, sagt Mimra. Den „Schandlohn“ kassierten die Zuhälter. Mimra und sein Kriminalisten-Team konnte im Frühjahr und im Sommer 2002 einen Prostituiertenring ausheben, der Mädchen aus Bulgarien nach Wien geschleppt hatte. Ende März verhafteten die Kriminalisten vier mutmaßliche Täter, zehn Mädchen wurden angehalten. Zwei Bulgaren hatten zahlreiche bulgarische Studentinnen und Kellnerinnen im Alter von etwa 20 Jahren mit dem Versprechen nach Österreich gelockt, sie könnten in Wien in Lokalen als Kellnerinnen arbeiten.

Die Männer nahmen den Frauen die Reisepässe ab, misshandelten die Opfer und zwangen sie zur Geheimprostitution in Lokalen auf der Mariahilfer Straße. Die vier Täter wurden wegen Menschenhandels, Zuhälterei, Vergewaltigung und Körperverletzung angezeigt. Bei der Bekämpfung des Menschenhandels sei vor allem Prävention und Öffentlichkeitsarbeit in den Herkunftsländern, notwendig, erläutert Mag. Erich Zwettler, Leiter der Ermittlungsabteilung im Bundeskriminalamt: „Wir versuchen mit verschiedenen Maßnahmen, den Frauen in den Herkunftsländern zu vermitteln, dass es im so genannten Goldenen Westen nichts geschenkt gibt.“ Der Menschenhandel müsse auf europäischer Ebene bekämpft werden, fordert Zwettler. „Im Hintergrund laufen kriminalpolizeiliche Ermittlungen, um jene Organisationen wirksam bekämpfen zu können, die illegale Prostituierte hereinbringen.“ Es nütze nicht viel „durch fremdenpolizeiliche Maßnahmen die ausgebeuteten Frauen festzunehmen und dann abzuschleppen, sondern man muss schauen, dass man hinter die Organisationen kommt und dort den Hebel ansetzt“, betont Kripo-Chef

Zwettler. „Dazu kommt, dass wir in diesem Bereich auf Zusammenarbeit mit regierungsunabhängigen Organisationen setzen, um das Vertrauen zu gewinnen und auch brauchbare Aussagen zu erhalten. Eines der Hauptprobleme ist, dass man von den betroffenen Frauen sehr selten brauchbare und vor allem gerichtsverwertbare Aussagen erhält.“

Immer weniger legale Prostituierte

Rund 460 Frauen und 14 Männer besitzen in Wien die Kontrollkarte („Deckel“), die Berechtigung zur legalen Ausübung der Prostitution. Vor einigen Jahren waren es noch über 700. Während die Zahl der legalen Prostituierten kontinuierlich sinkt, steigt die Zahl der Frauen, die in der Bundeshauptstadt unerlaubt im Sexgeschäft arbeiten. „Wer etwas Spezielles sucht, findet es auch“, sagt Mag. Joachim Pirker vom Wiener Kriminalamt. In Wien gibt es 191 Bordelle und über 100 Bars, in denen Animiermädchen arbeiten. Dazu kommen „Massage-Institute“ und andere Lokalitäten. Hunderte Callgirls und einige Callboys bieten über Inserate in Zeitungen und im Internet ihre Dienste an. In Wohnungen ist die Ausübung der Prostitution verboten.

Polizeijurist Pirker schätzt, dass in Wien etwa 3.500 Frauen regelmäßig oder fallweise illegal als Prostituierte arbeiten. „Der Anteil der Ausländerinnen ist in der letzten Zeit sehr hoch geworden“, berichtet der Jurist. „Etwa 80 Prozent kommen aus Osteuropa“. Darunter seien viele „Tagespendlerinnen“ aus der Slowakei. „Vor kurzem haben wir mehrere Krankenschwestern auf dem Straßenstrich erwischt“, berichtet ein Fahnder, „sie haben in einer Nacht in Wien mehr verdient als in einem Monat im Krankenhaus in Bratislava“.

Straßenstrich und Drogenszene

Am Drogenstrich in der äußeren Mariahilfer Straße hat sich eine offene Drogenszene etabliert. Dutzende Straßendealer, vorwiegend Schwarzafrikaner, boten Heroin, Kokain und andere illegale Drogen an. Etwa 150 Angehörige von Wiener Kriminalabteilungen, der Wiener Einsatzgruppe Alarmabteilung (Wega), der Diensthundeabteilung und der Sicherheitswacheabteilungen der Bezirke, nahmen im Sommer bei zwei Razzien in der Drogenszene am Westbahnhof teil. Mit dabei waren Vertreter des Menschenrechtsbeirats.

Bei der ersten Aktion gegen 18 Uhr nahmen die Fahnder 44 mutmaßliche Dealer fest, überwiegend Schwarzafrikaner. Fünf Stunden später, bei der nachfolgenden Aktion, gab es zehn weitere Festnahmen. „Die Dealerszene war gut organisiert“, berichtet der Einsatzleiter bei den Razzien, Oberstleutnant Georg Rabensteiner. Die Straßenhändler arbeiteten in Schichten und hatten einen Aufpasserdienst.

„Sex-Arbeit(s)-Rechte!“

Für mehr Rechte von Frauen und Männern in der Sexarbeit setzten sich bei einer Kundgebung am 2. Juni 2002, dem „Internationalen Hurentag“, der Verein Lateinamerikanische Emigrantinnen in Österreich (LEFÖ), die Wiener Grünen und die Plattform für Prostituierte ein. Die Organisationen wollten mit der Aktion „Sex-Arbeit(s)-Rechte!“ das Thema Prostitution enttabuisieren und auf die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Prostituierten in Österreich hinweisen. Die Kundgebungsteilnehmer forderten die arbeits- und sozialrechtliche Anerkennung von Sexarbeit und die Beseitigung „diskriminierender aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen“.

Werner Sabitzer

FRAUEN UND FREIER

Sex and the City

Rund 460 Frauen und 14 Männer sind in Wien offiziell als Prostituierte registriert. Die jüngste ist 19 Jahre alt; die älteste, eine 71-jährige Österreicherin, arbeitet in der Leopoldstadt. Die meisten registrierten Männer bieten als Transvestiten ihre Dienste an. Die Tätigkeit ist im Wiener Prostitutionsgesetz 1983 geregelt, das 1991 novelliert worden ist.

Das Landesgesetz definiert Prostitution als die gewerbsmäßige „Duldung sexueller Handlungen am eigenen Körper oder die Vornahme sexueller Handlungen“. Frauen, die als legale Prostituierte arbeiten wollen, müssen volljährig sein und sich bei der Bundespolizeidirektion Wien melden. Sie erhalten nach einer ärztlichen Untersuchung im Gesundheitsamt einen Lichtbildausweis, die Kontrollkarte. Die „Kontrollprostituierten“ sind verpflichtet, sich wöchentlich beim Gesundheitsamt in der Gonzagagasse untersuchen zu lassen. Die wöchentliche Untersuchung wird auf der Kontrollkarte („Deckel“) vermerkt. Erfolgt die Untersuchung nicht regelmäßig, wird der Ausweis eingezogen.

Sperrzonen

Nach dem Wiener Prostitutionsgesetz gibt es festgelegte Sperrzonen. Außerdem dürfen Prostituierte nicht ihre Dienste anbieten im Umkreis von 150 Metern von Kindergärten, Jugendheimen, Schulen, Religionsstätten, Bahnhöfen und Haltestellen, Spielplätzen, Krankenhäusern und Kasernen.

Der Straßenstrich ist erlaubt zwischen 20 und 4 Uhr (September bis März), bzw. von 21 bis 4 Uhr (April bis August). Im ersten Bezirk ist offizieller Arbeitsbeginn erst um 23 Uhr. In Wohnungen ist die Prostitution verboten, ausgenommen sind „Hausbesuche“. In Räumen, die einen Ausgang zu einer öffentlichen Verkehrsfläche haben, darf die Prostitution ausgeübt werden. Bei Verstößen gegen die Bestimmungen des Wiener Prostitutionsgesetzes droht eine Verwaltungsstrafe bis 3.500 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 7.000 Euro. Kann die Strafe nicht bezahlt werden, ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis vier bzw. sechs Wochen vorgesehen.

Gesetzesnovelle

Wiener Politikerinnen und Politiker überlegen sich eine Änderung des Prostitutionsgesetzes, um den illegalen Straßenstrich einzudämmen. Frauenstadträtin Mag. Renate Brauner plant eine Novelle mit Geldstrafen auch für Freier sowie verstärkte medizinische Untersuchungen, etwa einen regelmäßigen HIV-Test.

Die Strafgeelder sollen für Ausstiegsprojekte gewidmet werden. Brauner will Frauen einen Anspruch auf Pflichtversicherung in der gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung garantieren, ähnlich wie in Deutschland.

TRIPPER, SYPHILIS & CO.

„Gesundheitspolitisches Problem“

Wenn Kunden ungeschützten Verkehr fordern, gehen einige Frauen darauf ein, vor allem die Drogensüchtigen. Das Risiko, sich mit einer schweren Krankheit anzustecken ist hoch: Tripper, Syphilis, Hepatitis C oder HIV. So billig und schnell wie auf der Mariahilfer Straße sind Krankheiten selten zu bekommen.

Im Juli 2002 wurden in Österreich 112 Fälle von Gonorrhoe-Erkrankungen angezeigt, fast alle (108) in Wien. Eine an offener TBC erkrankte Geheimprostituierte entwichte aus dem Krankenhaus und empfing neue Kunden. „Die illegale Prostitution ist zu einem gesundheitspolitischen Problem geworden“, berichtet Mag. Roland Horngacher, Leiter des Kriminalamtes Wien.

„Die Gesundheitsbehörden im Wiener Magistrat haben bei einem Viertel der festgenommenen Geheimprostituierten Mehrfachinfektionen durch Geschlechtskrankheiten festgestellt. Und die Tendenz ist steigend“, betont Horngacher. Wünschenswert wären koordinierte Maßnahmen zwischen Sicherheitsbehörden und dem Magistrat. „Wir müssen einen Weg erarbeiten, um die illegale Prostitution in eine legale überzuführen. Zumindest die Anzahl der legalen Prostituierten sollte nicht weiter zurückgehen.“